

Wiesbaden gegen rechts – Gemeinsam für Toleranz und Vielfalt. 24 August 2024 – Wiesbaden

Danke! Dass IHR alle hier seid!

Wie kommt es, dass wir 2024 für etwas eigentlich so selbstverständliches wie Toleranz und Vielfalt auf die Straße gehen müssen?

Vor 3 Monaten haben wir „75 Jahre Grundgesetz“ gefeiert. Die Verbrechen des Nationalsozialismus noch vor Augen, erarbeiteten die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 eine der freiheitlichsten Verfassungen der Welt; ausgestattet mit verfassungsrechtlichen Barrieren, die den Weg in eine neuerliche Diktatur versperren sollten: explizit in diesem Sinne wurden die Grundrechte, Art. 1 – 19, sozusagen als „Herz“ der Verfassung, allen weiteren Bestimmungen des Grundgesetzes vorangestellt. Beim Kampf gegen Rechts lohnt ein genauer Blick darauf:

Art. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

So zufrieden/glücklich wir mit unserem Grundgesetz sein können, so deutlich wird jedoch schon beim Verlesen des Art. 1 GG, dass sich offensichtlich eine **„Schiefelage“** zwischen **Verfassungsanspruch** und **gesellschaftlicher Wirklichkeit** eingestellt hat. Und dass die Fundamente unserer offenen und demokratischen Gesellschaft längst nicht mehr so stabil sind, wie es lange Zeit schien.

Kriege, Terror und Gewalt, die zerstörerische Wucht des Klimawandels weltweit und auch die dadurch ausgelöste Flucht und Vertreibung von Millionen von schutzsuchenden Menschen, verunsichert mehr und mehr. Viele bezweifeln, ob die Regierenden den Willen oder die Fähigkeiten haben, diese riesigen Probleme zu lösen und macht sie empfänglich für scheinbar einfache „Lösungen“ und für rechtspopulistische Parolen. Elementare Freiheits- und Schutzrechte werden zur Disposition gestellt.

Dieser besorgniserregende Rechtsruck zeigt sich in kaum einem Politikfeld deutlicher als in der Asylpolitik. Rassismus und Fremdenhass sind tief in die Mitte unserer Gesellschaft vorgedrungen. Viel zu lange wurde so getan, als sei dies ein Problem der Ostdeutschen, ginge uns also nur bedingt etwas an. In

Wirklichkeit sinkt das Vertrauen in die demokratischen Institutionen überall in Deutschland, sind Nationalismus und aggressive Ausgrenzung überall auf dem Vormarsch – es ist Zeit, endlich aufzuwachen!

Populistische Debatten, in denen Zugewanderte und Schutzsuchende zu „Sündenböcken“ für alle Missstände gemacht werden, drohen zur Normalität zu werden. Und das Schlimme ist, dass auch erhebliche Teile der demokratischen Parteien dazu beitragen: Wer der AFD bei Wahlen das Wasser abgraben will indem er ihre Parolen übernimmt, macht sich mitschuldig. Wer in eine Art Überbietungswettbewerb mit noch mehr Abschiebung, noch mehr Grenzsicherung, noch drastischeren **Abschreckungskonzepten** einsteigt, der macht sich mitschuldig, dass rechte Parolen immer akzeptierter und gesellschaftsfähiger werden.

Die „Brandmauer gegen rechts“ bröckelt, wird verschoben!

Die AFD erstarkt, weil sich viele Bürgerinnen und Bürger mit ihren Problemen – Strukturwandel, Armut, Wohnungsnot, sozialer Ausgrenzung usw nicht gehört fühlen. Weil die Politik keine **Hoffnung** macht, keine Lösungen anbietet, die uns als Gesellschaft mitnimmt. Jede Gesellschaft braucht **erreichbare Ziele**, für die sich ein **gemeinsames Kämpfen** lohnt.

Und genau hier setzt doch die AFD an: sie nutzt Zukunftsangst, Unsicherheit, die persönliche Angst vor der Vielschichtigkeit der Probleme und der Komplexität der Welt aus – und bietet an, es könne alles beim Alten bleiben, noch schlimmer: zu früheren Verhältnissen zurück. Und viele Menschen sind froh, dass da jemand Lösungen anbietet – und diese Menschen nehmen in Kauf, dass genau diese AFD gesichert rechtsextreme Mitglieder hat, sexistisch ist, frauenfeindlich, homophob, gegen Minderheiten, in Teilen faschistisch ist.

Da denken Viele: so schlimm wird es schon nicht werden – aber besser als jetzt. Genauso haben Viele auch 1933 gedacht: so schlimm wird es sicher nicht. Und wir sind doch heute schlauer: wir haben mit genau diesen faschistischen verbrecherischen Ideen eine Menschheitskatastrophe, eine Schreckensdiktatur möglich gemacht.

Der Verweis auf den **Nationalsozialismus** erscheint erst einmal absurd und völlig überzogen. Sicher nicht überzogen ist es, aus den Fehlern von damals zu lernen. Viele wollten nicht glauben, was da schwarz auf weiß zu lesen war. Es wurde aber Wirklichkeit.

Und heute? Lasst uns also schauen, was heute schon „schwarz auf weiß“ zu sehen ist: wir sehen und lesen, dass einflussreiche Mitglieder der AFD für die sogenannte Remigration, sprich eine Vertreibung vieler Mitbürger eintreten. Wir sehen, dass die AFD den Rechten in Frankreich zu rechts ist, dass sie mit Orban sympathisiert. Wir sind live dabei, wie Orban in Ungarn die Demokratie in einen autoritären Staat umbaut, wie Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden, wie die wichtigsten Medien zur Regierungspropagandamaschine werden und die Unabhängigkeit der Justiz beseitigt werden soll.

Augen auf!: Die Partner und Freunde der AFD zeigen uns, wohin der Weg der AFD führen soll!

Dazu können wir nicht schweigen!

Als Aktionsbündnis älterer Menschen mit unterschiedlichsten politischen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Hintergründen und Engagement werden wir „Omas gegen rechts“ überall da laut, **wo es um Menschenwürde, Menschenrechte und Gleichheit aller Menschen geht!**

Dafür stehen wir und dafür gehen wir auf die Straße – als Zeichen gegen die demokratiefeindliche und menschenverachtende Politik von Rechtspopulisten, wie der AfD. **Aber auch als Signal an die demokratischen Parteien** – auch die mit dem „C“ in ihrem Namen:

Es gibt eine Grenze nach rechts, die nicht überschritten werden darf!

Was wir brauchen, ist eine menschenrechtsgeleitete, konstruktive und versachlichte Debatte um bestmögliche Lösungen für die schutzsuchenden Menschen **und** für uns als Aufnahmegesellschaft.

Wir brauchen in der Politik ein respektvolles Miteinander, ein Ernstnehmen der sozialen Nöte!

Niemand sagt, dass es einfach ist, gute, gerechte und humane Lösungen zu finden. Erst recht nicht, wenn man den Kampf gegen den Klimawandel, für Frieden und die **Bekämpfung der Fluchtursachen** mit einbezieht.

Aber es muss **Schluss mit der Behauptung** sein, Asyl- und Schutzsuchende seien die Ursache unserer Probleme!

Es muss **Schluss damit** sein, gegen die Schwächsten unserer Gesellschaft zu treten!

Es muss Schluss sein mit der Relativierung, Aushebelung und Missachtung von Menschenrechten

Eines darf bei jeder Lösung niemals verhandelbar sein: Alle Menschen haben ein Recht, sicher zu sein.

Die Würde aller Menschen ist unantastbar!

Regine Proell